

Baustellenordnung

(nach § 8 ArbSchG sowie § 6 Abs. 1 u. 2 BGV A1)

Baustelle: SBH - Gesamtanierung Stadtbad Halle (Saale)

Schimmelstraße 1

06108 Halle (Saale)

Bauherr: Bäder Halle GmbH

Bornknechtstraße 5

06108 Halle (Saale)

Bauleiter: av-a Anderhalten Architekten GmbH

Friedrichstraße 127

10117 Berlin

SiGe-Koordination: Dekra Automobil GmbH

Außenstelle Halle

Magdeburger Chaussee 60

06118 Halle

Datum:

Inhaltsverzeichnis

1. Vorbemerkungen	4
2. Allgemeines	4
2.1. Pflichten der Auftragnehmer	4
2.2. Arbeitsschutzorganisation der Auftragnehmer	5
2.3. Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordination	5
2.4. Berichterstattung	5
2.5. Personal	5
2.6. Arbeitszeit	6
2.7. Baustellensprache und ausländische Beschäftigte	6
3. Arbeitsstätten	7
3.1. Baustelleneinrichtung und Baustellenverkehr	7
3.2. Unterkünfte und soziale Anlagen	7
3.3. Winterfeste Arbeitsplätze	7
3.4. Erste-Hilfe-Einrichtungen	7
3.5. Erste-Hilfe-Maßnahmen	8
3.6. Baustromversorgung, Baustellenbeleuchtung	8
3.7. Funksprechverkehr	8
3.8. Ordnung, Sauberkeit und Hygiene	8
3.9. Alkohol- und Drogenmissbrauch	9
3.10. Nutzung von Rundfunkempfängern	9
4. Arbeitssicherheit	9
4.1. Allgemeines	9
4.2. Unterweisung	9
4.3. Arbeitsmedizinische Vorsorge und Risikogruppen	9
4.4. Baumaschinen und Geräte	10
4.5. Hebezeuge und Montagefahrzeuge	10
4.6. Persönliche Schutzausrüstung	10
4.7. Persönliche Schutzausrüstung gegen Absturz	10
4.8. Absturzsicherungen	11
4.9. Gerüste	12
4.10. Gefahrstoffe	12

4.11. Hochgelegene Arbeitsplätze und Verkehrswege	12
4.12. Erdarbeiten	12
4.13. Montagearbeiten	13
4.14. Abbrucharbeiten	13
5. Brand- und Explosionsschutz	13
6. Umweltschutz	14
6.1. Abfall	14
6.2. Lärm	14
6.3. Umwelt- und Gewässerschutz	14
7. Sicherung der Baustelle	14
7.1. Wachdienst, Ausweise	14
7.2. Fotografieren, Besucher	14
8. Bekanntmachung und Inkraftsetzung	15

1. Vorbemerkungen

Für die hier genannte Baumaßnahme wird nachstehende Baustellenordnung vereinbart.

SBH - Gesamtanierung Stadtbad Halle (Saale)	-
--	---

Diese soll einen störungsfreien Bauablauf ermöglichen und die Sicherheit für Beschäftigte und Anlagen gewährleisten. Sie enthält Regelungen zur Organisation, Koordination und Überwachung des Baustellenbetriebes und umfasst Maßgaben zur Arbeitssicherheit.

Jeder Auftragnehmer hat sein Personal über den Inhalt der Baustellenordnung zu unterrichten. Ihre Einhaltung ist Teil der Vertragserfüllung.

2. Allgemeines

2.1. Pflichten der Auftragnehmer

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine Arbeit auf dem Baustellengelände erst aufzunehmen, wenn ihm die Arbeitserlaubnis von der örtlichen Bauleitung erteilt wurde. Die in Verbindung mit der Arbeitserlaubnis erteilten Auflagen bezüglich der Arbeitssicherheit sind einzuhalten.

Leistungen dürfen nur mit Einverständnis der Bauleitung weiter vergeben werden. Der Auftragnehmer hat bei Vergabe von Arbeiten an andere Unternehmer seiner Abstimmungspflicht entsprechend § 6 Abs. 1 BGV A 1 nachzukommen.

Das Personal des Auftragnehmers hat den Anweisungen der örtlichen Bauleitung in jedem Falle Folge zu leisten. Im Weigerungsfall hat die Bauleitung das Recht, die erforderlichen Maßnahmen zu Lasten des Auftragnehmers zu veranlassen.

Die örtliche Bauleitung kann, wenn Unfallverhütungsvorschriften missachtet werden oder Unfallgefahren bestehen, die sofortige Einstellung der Arbeiten veranlassen. Die durch die Unterbrechung entstehenden Kosten und Folgen gehen zu Lasten des Auftragnehmers. Der vereinbarte Fertigstellungstermin bleibt von dieser Maßnahme unberührt.

Jeder Auftragnehmer hat entsprechend den arbeitssicherheitstechnischen Vorschriften für die Arten der Arbeit entsprechend Auftragserteilung die Gefährdungsbeurteilung vorzuhalten.

Jeder Auftragnehmer ist verpflichtet, die Gefahren für die Sicherheit und Gesundheit seiner Beschäftigten zu beurteilen und geeignete Schutzmaßnahmen für die Ausführung seiner Tätigkeiten abzuleiten (auftragnehmerbezogene Gefährdungsbeurteilung).

Das Gebäude steht unter Denkmalschutz. Das historische Gesamtbild der Immobilie muss erhalten bleiben. Den Auflagen der Denkmalschutzbehörde zum Schutz des Bestandes ist Folge zu leisten.

2.2. Arbeitsschutzorganisation der Auftragnehmer

Vor Beginn der Arbeiten hat der Auftragnehmer der Bauleitung die zuständige Berufsgenossenschaft mit Mitgliedsnummer zu melden sowie die betreuende Fachkraft für Arbeitssicherheit mit Anschrift und die eingesetzten Ersthelfer namentlich zu benennen.

Den hierzu entsprechenden Vordruck wird durch die Bauleitung an den Auftragnehmer übergeben (Formular Firmenauskunft).

2.3. Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordination

Auf der Grundlage der Baustellenverordnung (BaustellV) wird im Namen und im Auftrag des Bauherren ein Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator (im Folgenden Sicherheitskoordinator genannt) bestellt.

Name und Anschrift des Koordinators:

Frau Susan Falke

Dekra Automobil GmbH

Außenstelle Halle

Magdeburger Chaussee 60

06118 Halle

Tel: 0345 52359 690

Mobil: 0160 4792678

Mail: susan.falke@dekra.com

Der Koordinator kontrolliert die Einhaltung dieser Baustellenordnung, des Sicherheits- und Gesundheitsschutzplanes sowie der Arbeitsschutzvorschriften und schreitet bei erkennbaren Gefahrezuständen ein. Die Auftragnehmer sind zur unverzüglichen Mängelbeseitigung verpflichtet. In Abstimmung mit der Baustellenleitung erfolgen Sicherheitsbesprechungen und Baustellenbegehungen. Diese Aktivitäten werden protokolliert.

Das Vorhandensein des Sicherheitskoordinators befreit die Auftragnehmer nicht von ihrer Abstimmungspflicht mit anderen Unternehmen entsprechend § 8 Arbeitsschutzgesetz und § 6 (2) der Unfallverhütungsvorschrift BGV A 1 "Grundsätze der Prävention". Sie sind gleichermaßen nicht von der betrieblichen Verantwortung für ihr Baustellenpersonal befreit, für die Einhaltung der einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften bzw. der sonstigen den Arbeitsschutz und die Unfallverhütung betreffenden Gesetze, Verordnungen und Durchführungsanweisungen auf der Baustelle in ausreichendem Umfang zu sorgen.

Unberührt vom Einsatz des Sicherheitskoordinators durch den Bauherrn bleibt die Verpflichtung des verantwortlichen Bauleiters nach Bauordnungsrecht, innerhalb des Gesamtablaufes auf den sicheren bautechnischen Betrieb und das gefahrlose Ineinandergreifen der Arbeiten zu achten.

2.4. Berichterstattung

Der Auftragnehmer hat in geeigneter Form den Personaleinsatz, den Geräteeinsatz, die Materiallieferungen, die Arbeitsleistungen und den Arbeitsfortschritt zu dokumentieren. Alle Subunternehmer sind der Bauleitung vor Arbeitsaufnahme mitzuteilen.

Dem Koordinator und der Bauleitung sind alle Arbeitsunfälle und Schadensfälle unverzüglich mitzuteilen. Die gesetzlich vorgeschriebene Meldepflicht an Behörden und Berufsgenossenschaften bleibt davon unberührt.

2.5. Personal

Das Personal des Auftragnehmers muss für die ihm übertragene Arbeit geeignet sein. Personen, die gegen Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften verstoßen oder den Anweisungen des Bauherrn oder seiner Beauftragten hierzu nicht Folge leisten, sind abzuberufen und zu ersetzen.

Werden Arbeitnehmer eingesetzt, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, muss ständig eine der deutschen Sprache kundige, fachlich geeignete Person als Ansprechpartner vor Ort sein.

2.6. Arbeitszeit

Grundsätzlich gilt eine werktägliche Rahmenarbeitszeit von **07:00 Uhr bis 18:00 Uhr**. Abweichungen hiervon sind mit dem Auftraggeber abzustimmen. Die Bestimmungen des Arbeitszeitgesetzes bleiben unberührt. Ausnahmen sind dem Gewerbeaufsichtsamt bzw. dem zuständigen Ordnungsamt rechtzeitig mitzuteilen.

2.7. Baustellensprache und ausländische Beschäftigte

Als Baustellensprache wird deutsch festgelegt.

Ausländische Auftragnehmer mit ausländischen Arbeitnehmern sind verpflichtet, Aufsichtspersonal auf die Baustelle zu entsenden, das mit den geltenden deutschen Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften hinreichend vertraut sowie ermächtigt und befähigt ist, in deutscher Sprache abgefasste Anordnungen und Verfügungen entgegen zunehmen, zu verstehen und zu erfüllen. Eine mit der deutschen Sprache in Wort und Schrift vertraute verantwortliche Aufsichtsperson muss stets auf der Arbeitsstelle zugegen bzw. auf der Baustelle erreichbar sein.

Für deutsche Auftragnehmer, welche ausländische Mitarbeiter einsetzen, gilt sinngemäß das gleiche.

Für alle ausländischen Arbeitnehmer ist in jedem Fall eine gültige Arbeitserlaubnis der Bauleitung vorzulegen und, falls erforderlich, auf der Baustelle vorzuhalten.

3. Arbeitsstätten

3.1. Baustelleneinrichtung und Baustellenverkehr

Der Auftragnehmer hat seine Baustelleneinrichtung auf den vom Bauherrn bzw. der Bauleitung zugewiesenen Flächen bzw. Räumlichkeiten vorzunehmen.

Insbesondere ist der Baustelleneinrichtungsplan mit der Wegeführung innen und außen zu beachten. Für die, im Plan gekennzeichneten PKW-Stellflächen, besteht für den AN kein Anspruch.

Materialien, Maschinen und Geräte sind dem Arbeitsfortschritt entsprechend auf die Baustelle zu bringen. Anlieferungsart, Standort sowie Auf- und Abladearbeiten sind mit der örtlichen Bauleitung abzustimmen. Dies gilt z.B. für Schwertransporte. Der Auftragnehmer hat die für ihn angelieferten Materialien sicher zu lagern. Nach Abschluss der Arbeiten ist die Baustelle unverzüglich zu räumen. Die benutzten Flächen sind nach der Räumung in ihren ursprünglichen Zustand zu versetzen, soweit der Vertrag nichts anderes vorsieht.

Die Baustelle darf nur über die gekennzeichnete Zugänge betreten und verlassen werden. Ein Öffnen des Bauzaunes (außer des Tores) ist untersagt.

Verkehrsflächen sind besonders gekennzeichnet. Auf der Baustelle gilt grundsätzlich die Straßenverkehrsordnung.

Davon abweichend wird die Höchstgeschwindigkeit auf **10** km/h festgelegt.

Verkehrsflächen dürfen nicht durch Bau- oder Montagearbeiten beeinträchtigt werden.

Ausnahmen sind mit der örtlichen Bauleitung zu vereinbaren. Rückwärtsfahren ist nur in Ausnahmefällen erlaubt. Es besteht Einweisungspflicht.

Die Zufahrtswege für Feuerwehr-, Rettungs-, Polizei- und sonstige Hilfsfahrzeuge sind freizuhalten.

3.2. Unterkünfte und soziale Anlagen

Der Bauherr stellt Flächen mit den erforderlichen Ver- und Entsorgungsmöglichkeiten zur Verfügung.

Die Genehmigung zur Herrichtung von Tagesunterkünften im Gebäude ist stets widerruflich. Tagesunterkünfte dürfen nicht als Materiallager genutzt werden. In den Tagesunterkünften ist durch Beräumung ständig Ordnung und Sauberkeit zu halten.

3.3. Winterfeste Arbeitsplätze

Leistungen zur Schaffung winterfester Arbeitsplätze, einschließlich der Räum- und Streuarbeiten, vergibt der Bauherr gesondert. Der Auftragnehmer hat grundsätzlich die Forderungen der Arbeitsstättenverordnung einzuhalten.

3.4. Erste-Hilfe-Einrichtungen

Der Auftragnehmer hat nach der Arbeitsstättenverordnung sowie BGV A 1 „Grundsätze der Prävention“, Verbandmaterial für seine Mitarbeiter sowie ausgebildete Ersthelfer entsprechend der Mitarbeiterzahl vorzuhalten.

3.5. Erste-Hilfe-Maßnahmen

Der zuständige Verantwortliche alarmiert bei Notfällen unmittelbar bzw. über die Bauleitung den Rettungsdienst über Notruf (Tel.: 112) und informiert anschließend die Bauleitung und ggf. den Sicherheitskoordinator.

Es ist sicherzustellen, dass am Baustellenzugang ein Einweiser bereitsteht, um den Notarzt schnell zum Unfallort auf der Baustelle bringen zu können.

Alle Verletzungen (auch nur geringfügigen Ausmaßes) sind durch einen Ersthelfer zu versorgen und im Verbandbuch des jeweiligen Auftragnehmers zu dokumentieren.

Arbeits- und Wegeunfälle, die mehr als 3 Tage-Arbeitsunfähigkeit oder den Tod eines Versicherten zur Folge haben, sind vom Auftragnehmer direkt an seinen Unfallversicherungsträger (Berufsgenossenschaft) sowie den nach Landesrecht zuständigen Arbeitsschutzbehörden anzuzeigen.

Alle Unfälle, die eine ärztliche Behandlung erforderlich machen, sind an die Bauleitung zu melden. Diese führt bei Erfordernis eine entsprechende Unfalluntersuchung durch.

3.6. Baustromversorgung, Baustellenbeleuchtung

Die Stromversorgung erfolgt entsprechend dem Baustelleneinrichtungsplan. Der Bauherr veranlasst die Einrichtung des Anschlusspunktes und der Hauptverteilung. Ab Hauptverteilung ist die Unterverteilung Sache des Auftragnehmers.

Der Bauherr stellt auch die Allgemeinbeleuchtung. Für ausreichende Arbeitsplatzbeleuchtung hat der Auftragnehmer zu sorgen.

Elektroarbeiten dürfen nur von fachkundigen Personen ausgeführt werden. Es ist nur die Verwendung von zugelassenen und gemäß BGV A 3 geprüften elektrischen Betriebsmitteln und Geräten gestattet.

3.7. Funksprechverkehr

Bei Funksprechverkehr sind Gerätezahl und -typ sowie die verwendete Frequenz der Baustellenleitung zu melden und die Nutzungsberechtigung hierfür ist einzuholen. Die Anforderungen des Post- und Fernmeldewesens sind einzuhalten.

3.8. Ordnung, Sauberkeit und Hygiene

Die Auftragnehmer sind verpflichtet, ihren Arbeitsbereich sowie ihre Unterkünfte und sanitären Anlagen in ordentlichem Zustand zu halten. Verunreinigungen sind unverzüglich zu beseitigen. Andernfalls vergibt die Baustellenleitung den Auftrag hierfür und legt die Kosten auf die Verursacher um. Unterkünfte und Sozialanlagen müssen den Anforderungen der Arbeitsstättenverordnung entsprechend vorgehalten und betrieben werden.

3.9. Alkohol- und Drogenmissbrauch

Auf der Baustelle besteht striktes Alkoholverbot sowie Verbot von berauschenden Mitteln (Drogen).

Der Auftragnehmer hat Personen, bei denen der begründete Verdacht auf Alkohol- und Drogeneinfluss besteht, unverzüglich von der Baustelle zu entfernen. Der Bauherr behält sich vor, solchen Personen Baustellenverbot zu erteilen.

3.10. Nutzung von Rundfunkempfängern

Rundfunkempfänger sind so zu nutzen, dass Dritte nicht belästigt werden. Für die ordnungsgemäße Abführung der GEZ-Gebühren hat der Gerätebetreiber zu sorgen.

4. Arbeitssicherheit

4.1. Allgemeines

Jeder Auftragnehmer ist dafür verantwortlich, dass seine auf der Baustelle tätigen Bauleiter bzw. Aufsichtführenden, einschließlich seiner Subunternehmer, Kenntnis über den Sicherheits- und Gesundheitsschutzplan, diese Baustellenordnung sowie die einschlägigen Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften haben.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, für die von ihm durchzuführenden Arbeiten eine baustellenbezogene Gefährdungsbeurteilung anzufertigen. Diese ist auf Verlangen dem Koordinator und der Bauleitung vorzulegen.

Greifen Arbeitsvorgänge verschiedener Auftragnehmer ineinander, sind die vorgefundenen Gegebenheiten zu prüfen. Dies gilt insbesondere für Baugruben und Gräben, hoch gelegene Arbeitsplätze sowie alle Verkehrswege, Gerüste, für die Stromversorgung und die Allgemeinbeleuchtung der Baustelle.

Stellt der Auftragnehmer Mängel fest, sind diese unverzüglich dem Koordinator zu melden und es ist auf deren Abstellung hinzuwirken. Nimmt ein Auftragnehmer trotz erkennbarer Mängel seine Arbeit auf, ist er zur Mängelbeseitigung verpflichtet. Die einschlägigen Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften sind auf der Baustelle vorzuhalten.

Staubentwicklung ist zum Schutz der Gesundheit und der (ggf. gesondert gesicherten) denkmalgeschützten Bausubstanz mit geeigneten Maßnahmen zu minimieren.

Der Auftragnehmer hat der Baustellenleitung Name und Anschrift seiner Montageleiter bzw. Aufsichtführenden und der Sicherheitsfachkräfte mitzuteilen.

4.2. Unterweisung

Erstmalig auf der Baustelle eingesetztes Personal ist vor Beginn der Arbeiten über die besonderen Bedingungen auf der Baustelle (denkmalgeschütztes Gebäude) durch ihren Aufsichtführenden zu unterweisen.

4.3. Arbeitsmedizinische Vorsorge

Der Auftragnehmer hat dafür zu sorgen, dass in Bereichen, in denen Arbeiten mit gesundheits-schädigenden Einwirkungen ausgeführt werden, nur Personal eingesetzt wird, das dazu geeig-net ist und durch arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen überwacht wird. Der Nach-weis hierfür muss der Bauleitung bei Verlangen vorgelegt werden.

4.4. Baumaschinen und Geräte

Bei Maschinen, Geräten, Werkzeugen, elektrischen Anlagen und Betriebsmitteln sowie über-wachungsbedürftigen Anlagen, die einer Sachverständigen- oder Sachkundigenprüfpflicht un-terliegen, ist der Auftragnehmer verpflichtet, die entsprechenden Nachweise, Aufbauanleitung-en, Zulassungsbescheide, Erlaubnisse, Prüf- und Kontrollbücher an der Baustelle vorzuhalten.

Der Auftragnehmer hat dafür zu sorgen, dass Baumaschinen und Geräte nur von dazu schrift-lich beauftragten Personen bedient werden. Sofern eine schriftliche Beauftragung in Rechts-vorschriften vorgesehen ist, muss die beauftragte Person diese ständig bei sich haben. Gefahrenbereiche sind abzusperren. Personen dürfen sich dort nicht aufhalten.

4.5. Hebezeuge und Montagefahrzeuge

Krane werden ausschließlich von beauftragten Personal bedient. Kranfahrer haben ihre Arbeits-prozesse auf Sichtkontakt abzustimmen. Bei fehlender Sicht ist Funkkontakt zu gewährleisten.

Bei der Benutzung von mobilen Hebezeugen ist der Auftragnehmer für ordnungsgemäße Standsicherheit, Handhabung und Schutzvorkehrungen verantwortlich. Das gilt auch für einge-setzte Anschlagmittel. Die Stellplätze für mobile Hebemittel sind mit der Bauleitung festzu-legen.

4.6. Persönliche Schutzausrüstung

Personen ohne Schutzhelm und Schutzschuhe haben keinen Zutritt zur Baustelle. Sind dar-über hinaus weitere Schutzausrüstungen erforderlich (z. B. Augen- oder Gesichtsschutz, Atemschutz, Warnkleidung), hat der Auftragnehmer deren Benutzung sicherzustellen.

Zuwiderhandelnde Personen können nach einmaliger Verwarnung von der Baustelle gewiesen werden. Die Nutzung der PSA insbesondere des Helmes regelt sich nach den auftretenden Gefährdungen.

4.7. Persönliche Schutzausrüstung gegen Absturz

Grundsätzlich sind kollektive Fallschutzmittel anzuwenden. Nur falls das technisch nicht mög-lich ist, sind nach Abstimmung mit der Bauleitung persönliche Fallschutzmittel (Sicherheits-geschirre) einzusetzen. Dabei ist insbesondere auf sichere Anschlagpunkte zu achten.

Die Anschlagpunkte sind von dem Verantwortlichen des ausführenden Unternehmen festzu-legen. Die Prüf Fristen entsprechend den Notwendigkeiten nach der Betriebssicherheitsverord-nung sind einzuhalten und nachzuweisen.

4.8. Absturzsicherungen

Für eine eindeutige Absicherung von Gefahrenstellen sind rot/weiße Absperrschranken aus Kunststoff (übliche Absperrungen nach RSA/ZTV-SA) zugelassen.

An Arbeitsplätzen und Verkehrswegen, bei denen Absturzgefahr besteht, müssen grundsätzlich Absturzsicherungen vorhanden sein. Absperrschranken aus Kunststoff in Verbindung mit Fußplatten müssen an der Aufgrabungskante so aufgestellt werden, dass eine wirksame Absturzsicherung sichergestellt ist. Es gelten folgende Festlegungen:

Art des Arbeitsplatzes	Abstand zur Absturzkante	Maßnahmen
Treppen, Öffnungen und Verkehrswege > 1 m Absturz	< 1,0 m	Absperrung mit Seitenschutz/Absperrschranken
Alle anderen Arbeitsplätze > 2 m Absturz	≥ 2,0 m	Absperrung mit Seitenschutz/Absperrschranken
Absturzkanten von Öffnungen und Vertiefungen in Böden, Decken und Dachflächen ≥ 9,00 m ² und Kantenlängen ≥ 3,00 m	≥ 2,0 m	Absperrung mit Seitenschutz/Absperrschranken Bei Öffnungen und Vertiefungen ≤ 9,00 m ² und Kantenlängen ≤ 3,00 m kann auf Seitenschutz an der Absturzkante verzichtet werden, wenn diese mit begehbaren und unverschiebbar angebrachten Abdeckungen versehen sind.

Wer Kennzeichnungen/Absperrungen verändert, ist dafür verantwortlich, dass die Verkehrssicherungspflicht weiterhin gegeben ist, auf andere Weise gewährleistet wird oder ggf. die Sicherungsmaßnahmen wieder hergestellt werden.

Flatterbänder, Schnüre o. ä. sind als Absperrungen von Gräben, Gruben, Schächten und offenen Kabelkanälen nicht zugelassen.

Zur Absicherung von Grubenüberführungen sind geeignete Grubenbrücken mit Geländer und in ausreichender Länge zu verwenden.

Bei Arbeiten über 2,0 m Absturzhöhe ohne Sicherung gegen Absturz (Seitenschutz, Geländer etc.) ist das Tragen und Anschlagen von PSA gegen Absturz (Gurt, Anschlagmittel m. Falldämpfer) an geeigneten Anschlagpunkten erforderlich.

4.9. Gerüste

Der AN ist verantwortlich, dass die Bemessung, das sichere Auf-, Um- und Abbauen, die Abnahme sowie die Benutzung von Gerüsten den geltenden Regelwerken entsprechen. Dies gilt insbesondere für die Absturzsicherung. Die Standsicherheit und die Tragfähigkeit des Gerüsts müssen sichergestellt sein (Plan für Aufbau, Benutzung und Abbau).

Fahrgerüste müssen nach der Aufbau- und Verwendungsanleitung des Herstellers standsicher errichtet werden (Sicherheit gegen Kippen). Fahrgerüste sind gegen unbeabsichtigtes Bewegen z. B. durch feststellbare und unverlierbare Rollen zu sichern. Der Untergrund muss tragfähig und die Stand- bzw. Verfahrfläche eben sein. Beim Verfahren dürfen sich keine Personen auf dem Gerüst befinden.

Veränderungen am Gerüst dürfen nur vom Gerüsteerrichter vorgenommen werden. Gesperrte Gerüste dürfen nicht benutzt werden.

Arbeitsplätze auf Gerüsten sind nur über die vorgesehenen Zugänge zu betreten oder zu verlassen.

4.10. Gefahrstoffe

Beabsichtigt der Auftragnehmer Gefahrstoffe nach der Gefahrstoffverordnung einzusetzen oder zu verwenden, so ist ein Gefahrstoffkataster anzulegen und an Hand der Sicherheitsdatenblätter Betriebsanweisungen zu erstellen. Diese sind am Einsatzort vorzuhalten.

Handelt es sich um krebserzeugende Gefahrstoffe, ist zusätzlich die Fachkunde nachzuweisen und eine Anzeige an die zuständige Arbeitsschutzbehörde zu deren Umgang vorzunehmen.

4.11. Hochgelegene Arbeitsplätze und Verkehrswege

Der Auftragnehmer hat dafür zu sorgen, dass Arbeitsplätze und Verkehrswege mit Absturzgefährdung erst betreten bzw. benutzt werden, wenn die notwendigen Sicherheitseinrichtungen und Maßnahmen gegen Absturz errichtet sind.

Gefahrenbereiche unterhalb hochgelegener Arbeitsplätze sind abzusperren. Alle Bodenöffnungen sind sicher abzudecken, Wandöffnungen sind zu umwehren.

Bei Montagearbeiten ist das zeitgleiche Übereinanderarbeiten auszuschließen. Ist das nicht möglich, sind alternative Maßnahmen zur Sicherung der Gefahrenbereiche durch Schutzmaßnahmen, wie Absperrungen u. ä., vorzusehen.

4.12. Erdarbeiten

Der Bauherr liefert die zur Beurteilung der Sicherung von Baugruben und Gräben erforderlichen Bodenkennwerte. Die regelmäßige Überwachung von Baugruben- und Grabenwänden bzw. von Verbaumaßnahmen auf ihre Standsicherheit und Tragfähigkeit ist Sache des Auftragnehmers.

Es sind die Festlegungen der DIN 4124 und DIN 4123 zu beachten, ggf. sind gesonderte Standsicherheitsnachweise zu erbringen. Die Verkehrssicherheit (Standsicherheit von Nachbargebäuden, Sicherheitsabstände, Absturzsicherungen und Zugänge) ist zu gewährleisten.

Unplanmäßiges Ausheben von Gruben und Gräben, das Eintreiben von Pfählen und Metallstangen bedarf der vorherigen Zustimmung der Baustellenleitung.

4.13. Montgearbeiten

Bei Montgearbeiten ist eine Montageanweisung, in der die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen sowie die zum Einsatz kommenden Maschinen, Geräte und Werkzeuge erkennbar sind, der Bauleitung vorzulegen und von dieser genehmigen zu lassen.

4.14. Abbrucharbeiten

Die Abbruchmethode und die dafür erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen sind mit der Bauleitung festzulegen. Dazu hat der Auftragnehmer eine Abbrucharweisung vorzulegen, die für die jeweilige Abbrucharbeit den Maschinen- und Geräteeinsatz und die erforderlichen Schutzmaßnahmen für die Beschäftigten enthält.

In jeder Abbruchphase ist die Standsicherheit zu gewährleisten. Der Auftragnehmer hat das Betreten von Gefahrenbereichen auszuschließen. Für die Leitung und Beaufsichtigung der Arbeiten hat der Auftragnehmer eine Person mit der dafür erforderlichen besonderen Fachkunde einzusetzen.

Kollektive Schutzmaßnahme sind prinzipiell individuellen vorzuziehen.

5. Brand- und Explosionsschutz

Jeder Auftragnehmer hat im Rahmen seines Wirkungsbereiches dafür zu sorgen, dass jegliche Brandgefahr vermieden wird. Darüber hinaus, hat der Auftragnehmer bei Arbeiten mit Brandgefahr, ausreichend Maßnahmen für eine evtl. Brandbekämpfung zu treffen. Die Beschäftigten müssen im Gebrauch der Löscheinrichtungen unterwiesen sein.

Werden in brandgefährdeten Bereichen Schweiß- bzw. Schneidarbeiten durchgeführt, ist eine schriftliche Schweißerlaubnis einzuholen. Diese ist von der örtlichen Bauleitung gegenzeichnen.

Gasflaschen aller Art sind durch geeignete Maßnahmen gegen Umfallen zu sichern. Sie dürfen nicht der Sonne oder sonstigen Wärmeeinflüssen ausgesetzt werden. Die Aufstellung einer größeren Anzahl von Gasflaschen ist mit der örtlichen Bauleitung festzulegen. Leicht entzündliche oder selbstentzündliche Stoffe dürfen nur in Mengen, die für den Fortschritt der Arbeiten erforderlich sind, am Arbeitsplatz vorgehalten werden. An diesen Arbeitsstellen hat der Auftragnehmer geeignete Löscheinrichtungen bereitzustellen. Brandgefährdete Bereiche sind zu kennzeichnen.

6. Umweltschutz

6.1. Abfall

Jeder Auftragnehmer ist verpflichtet, seinen anfallenden Abfall zu beseitigen. Verbrennen von Abfällen ist verboten. Sondermüll und Bauschutt ist getrennt zu lagern und umgehend zu beseitigen. Kommt der Auftragnehmer seiner Abfallbeseitigungspflicht nicht nach, behält sich der Auftraggeber vor, dieses auf Kosten des Verursachers zu veranlassen.

Der Bauherr behält sich vor, eine Sammelstelle für Abfälle vorzuhalten.

6.2. Lärm

Arbeiten, bei denen vor. der Beurteilungspegel von 85 dB(A) überschritten wird, sind der Bauleitung zu melden. Lärmintensive Arbeiten sind nur in gestatteten Zeiten auszuführen.

Unnötiges Laufen lassen von Baumaschinen und Geräten ist zu vermeiden.

Als Immissionsrichtwerte werden für Gebiete, in denen vorwiegend Wohnungen untergebracht sind,

tagsüber (7 Uhr - 20 Uhr) **55 dB (A)**

nachts (20 Uhr - 7 Uhr) **40 dB (A)**

festgesetzt. Die Vorgaben der Baugenehmigung sind zu beachten.

6.3. Umwelt- und Gewässerschutz

Beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sind die einschlägigen Rechtsvorschriften einzuhalten und der Umgang der Bauleitung zu melden.

Die Einleitung von flüssigen Stoffen in das Erdreich oder die Kanalisation ist verboten.

Abwässer aus Reinigungsvorgängen sind aufzufangen und vom Auftragnehmer zu entsorgen.

Bei Zuwiderhandlung behält sich der Auftraggeber einen Bodenaustausch zu Lasten des Verursachers vor.

7. Sicherung der Baustelle

7.1. Wachdienst, Ausweise

Der Bauherr veranlasst die ordnungsgemäße Absicherung der Baustelle gegen unbefugtes Betreten. Veränderungen an der Absperrung dürfen nur auf Veranlassung oder in Absprache mit dem Bauherren vorgenommen werden.

Bei Erfordernis richtet er für die Baustelle einen Wachdienst ein, hierzu erfolgt dann eine gesonderte Mitteilung an alle beteiligten Firmen und eine Regelung der Zugänglichkeiten zur Baustelle.

7.2. Fotografieren, Besucher

Für Besichtigungen und Führungen ist das Einverständnis der Baustellenleitung einzuholen.

Das Fotografieren und Filmen ist von Besuchern und Fremdfirmen auf der Baustelle nur mit Einwilligung des Bauherren gestattet. Entsprechende Anträge sind schriftlich an den Bauherren zu stellen.

8. Bekanntmachung und Inkraftsetzung

Vor Beginn der Arbeiten hat jedes Unternehmen, das auf der Baustelle tätig wird, die Baustellenordnung nachweislich jedem Mitarbeiter zur Kenntnis zu geben.

Die Baustellenordnung tritt mit Datum der Unterzeichnung in Kraft.



Halle , den

Ort, Datum

Susan Falke

Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator

Ort, Datum

av-a Anderhalten Architekten GmbH

Bauleitung

Ort, Datum

Bäder Halle GmbH

Bauherr